

B30 Insider

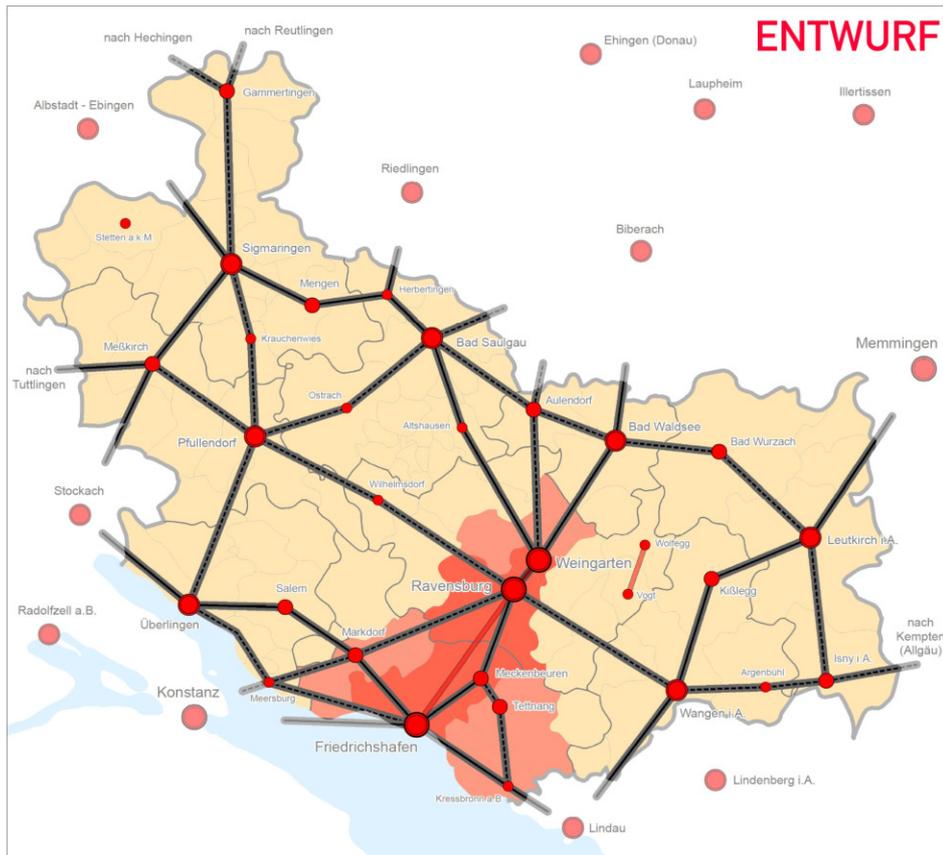
EHRlich • KOMPakt

Nr. 29

Zeitung der "Initiative B 30"

September - Dezember 2019

Entwurf des neuen Regionalplans vorgestellt



Entwurf der Strukturkarte zum neuen Regionalplan Bodensee-Oberschwaben 2020
(Quelle: Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, Beschriftung nach unten gesetzt: ff)

(Region) - Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben schreibt den Regionalplan von 1996 fort. Die Arbeiten sind soweit fortgeschritten, dass der Anhörensentswurf fertiggestellt ist. Der Entwurf von Juli 2019 enthält alle Kapitel, außer "Rohstoffe" und "Energie". Diese werden in eigenständigen Verfahren fortgeschrieben.

Die Anhörung der sogenannten Träger öffentlicher Belange, wie Behörden, startete am 8. Juli und endet am

11. November 2019. Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist vom 23. September bis 25. Oktober 2019 vorgesehen. In diesen Zeiträumen besteht die Möglichkeit zum Anhörensentswurf Stellung zu nehmen.

Der Anhörensentswurf wurde veröffentlicht unter:
www.rvbo.de/Planung/Fortschreibung-Regionalplan

(Fortsetzung auf Seite 2)...

In dieser Ausgabe

Klimaschutzpaket vorgestellt Seite 8

Ummendorfer Ried wird wiedervernässt Seite 9

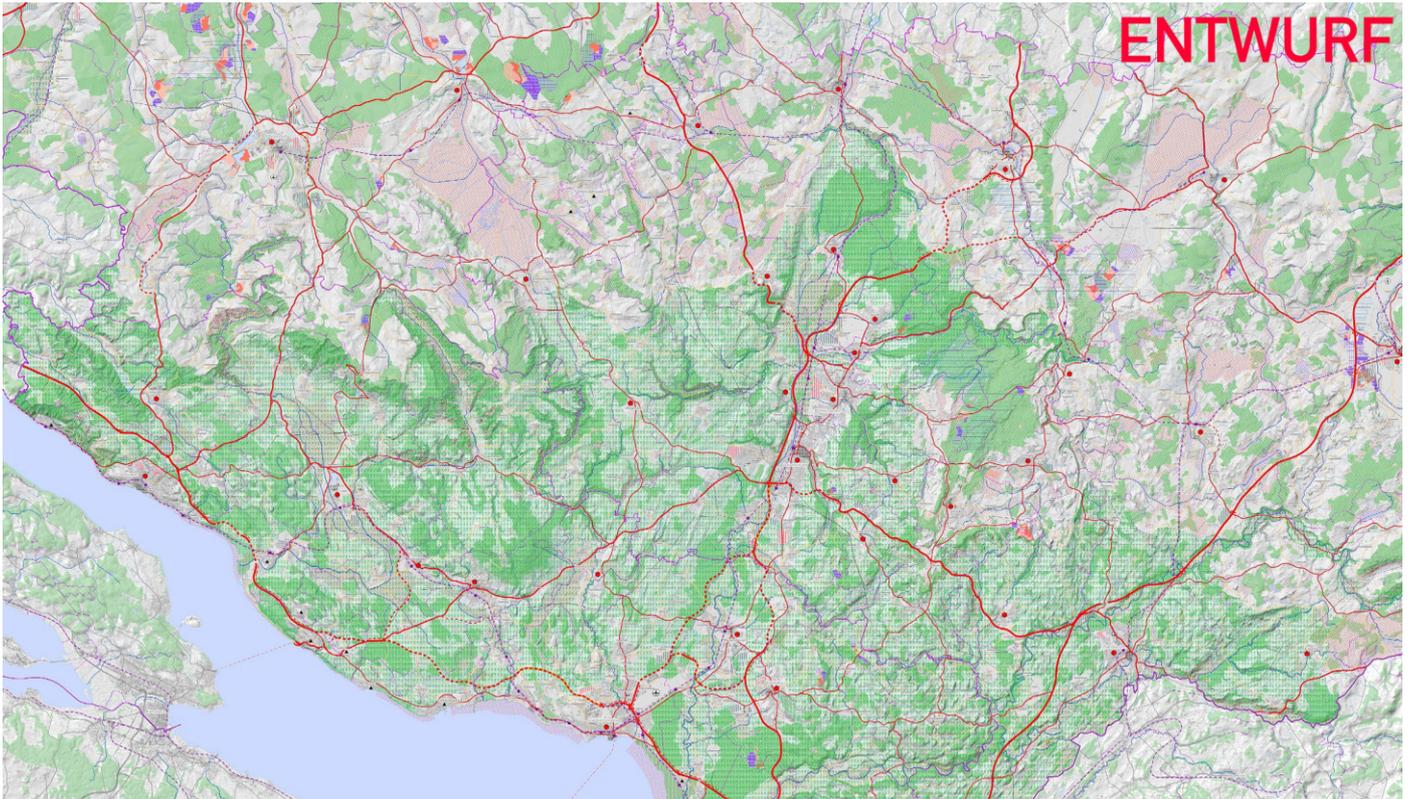
Unfallentwicklung 2018 Seite 10

Verbandsversammlung billigt Regionalplanentwurf
(Biberach) - Der Regionalverband Donau-Iller erstellt zurzeit ebenfalls einen neuen Regionalplan. Die Verbandsversammlung billigte am 23. Juli 2019 in Biberach den Entwurf und beschloss das Anhörensverfahren im Herbst 2019 einzuleiten.

Im Gegensatz zur Fortschreibung des Regionalplans der Region Bodensee-Oberschwaben, liegen der Öffentlichkeit noch keine detaillierten Informationen über den Inhalt vor. Der Regionalplan soll jedoch neben "überfachlichen Plansätzen" insbesondere Regelungen zu Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Regionalen Freiraumstruktur, zum Siedlungswesen, der Wirtschaft und Technischen Infrastruktur enthalten. Im Kapitel Verkehr soll erstmalig ein flächendeckendes Erreichbarkeitsnetz für den schienen- und straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr definiert werden. Auch der neue Regionalplan Donau-Iller ist für eine Laufzeit von rd. 15 Jahren ausgelegt.

Im Herbst 2019 ist die öffentliche Anhörung geplant. Außerdem soll es öffentliche Informationsveranstaltungen geben. (ff) ^{Q1}

Titelthema



Auszug aus der Raumnutzungskarte zum Anhörungsentwurf des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben 2020

(Grafik: Regionalverband Bodensee-Oberschwaben)

...Regionalplanung

In Baden-Württemberg sind die Regionalverbände die nach dem Landesplanungsgesetz festgelegten öffentlich-rechtlichen Träger der Regionalplanung.

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist Träger der Regionalplanung für das Gebiet der Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen.

Die Regionalplanung umfasst die Entwicklung der Region hinsichtlich der regionalen Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruktur sowie Gebiete für den Rohstoffabbau und Energie. Unter Energie fallen unter anderem Standorte für Windkraftanlagen.

Der Regionalplan

Die Ziele, Grundsätze, Vorschläge sowie nachrichtliche Übernahmen von anderen Planwerken und Verordnungen zur Entwicklung der Region, werden in einem sogenannten Regionalplan zusammengefasst. Nach ihm soll die Region entwickelt werden.

Es wird festgelegt, wo in der Region welche Art von Nutzung erlaubt ist:

Wo der Wohnungsbau vorangetrieben, Industrie- und Gewerbegebiete entstehen, die Verkehrswege entwickelt werden und welche Gebiete geschützt werden sollen.

Der neue Regionalplan für die Region Bodensee-Oberschwaben soll bis 2035 gelten. Der Entwurf sieht vor:

Entwicklungsziele der Region

Die Region Bodensee-Oberschwaben soll als international agierender Wirtschaftsraum gestärkt und weiterentwickelt werden. Die Attraktivität für den Tourismus soll erhalten und verbessert werden. Die räumliche Entwicklung hat zum Ziel strukturelle Defizite abzubauen, insbesondere im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Gleichzeitig soll die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes in Einklang mit den naturräumlichen Qualitäten gebracht werden. Die Entwicklung der Region soll auch an den Erfordernissen des Klimawandels ausgerichtet werden.

Entwicklungsziele Bodenseeraum

Wegen seiner einzigartigen funktionalen Vielfalt als Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturraum und als Freizeit-, Erholungs- und Tourismusgebiet,

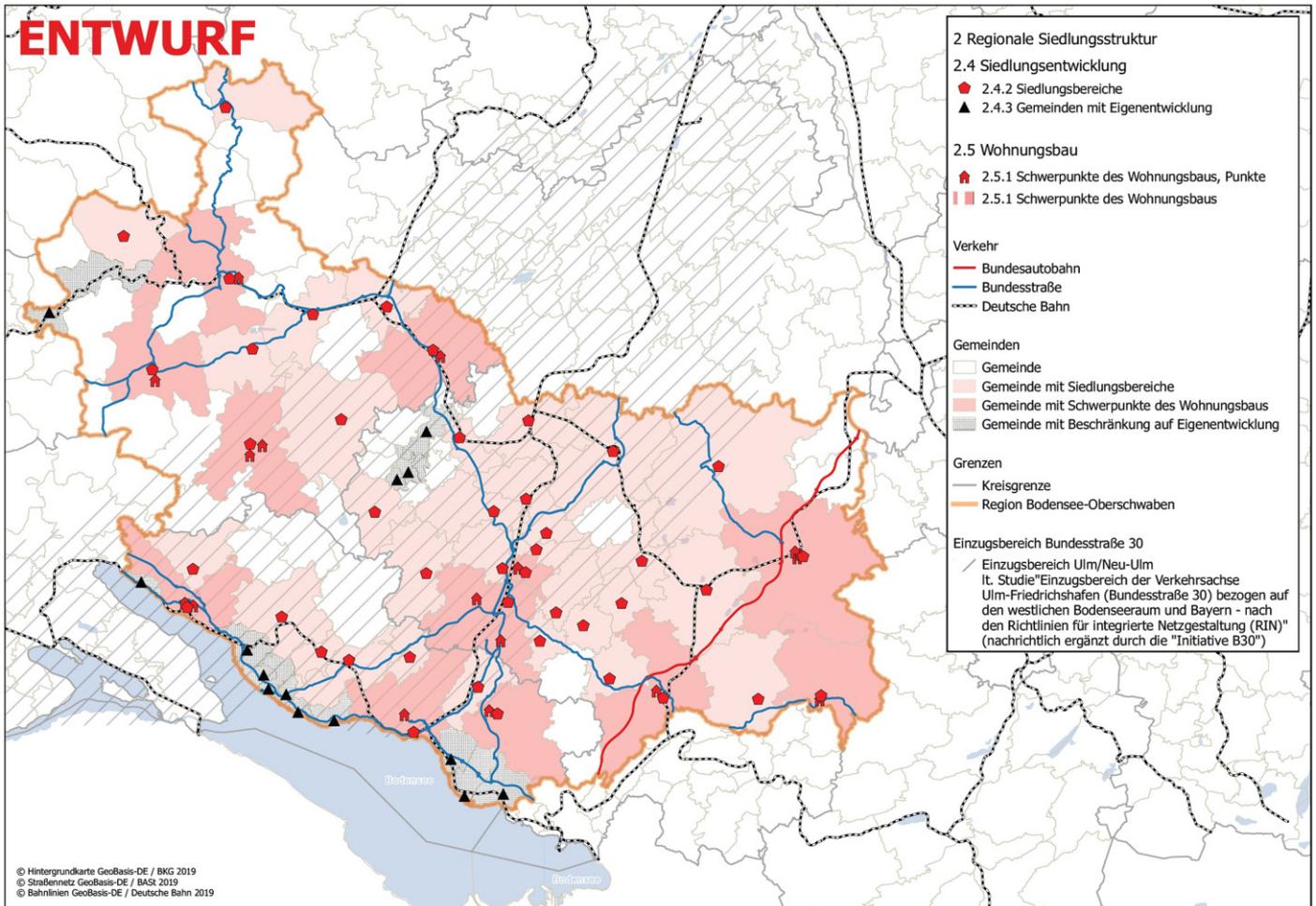
seiner Bedeutung als Ökosystem und herausgehobenen Funktion für die Wasserwirtschaft sollen besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Bodenseeraum festgelegt werden.

Der Bodenseeraum soll besonders geschützt werden, dabei die Siedlungsentwicklung und neue Gewerbe- und Industriegebiete in das angrenzende Hinterland verlegt werden. Mit einer deutlichen Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs wird eine Verkehrsentlastung in Seennähe angestrebt. Zur Anbindung des Bodenseeraumes an den Fernverkehr sollen Bahnlinien und das Fernstraßennetz verbessert und der Flughafen Friedrichshafen attraktiver werden.

Grundwasserschutz

Der Bodensee ist der größte Trinkwasserspeicher Europas. Wegen seiner besonderen Bedeutung für die Wasserversorgung des Landes soll der Schutz des Grundwassers im tiefen Untergrund, insbesondere im Bodenseeeinzugsgebiet, Vorrang vor allen Planungen und Vorhaben erhalten, die Grundwasservorkommen beeinträchtigen können.

...



Zukünftige Siedlungsentwicklung in der Region Bodensee-Oberschwaben, Entwurf

(Grafik: ff)

...Siedlungsentwicklung

Die Siedlungsentwicklung in der Region Bodensee-Oberschwaben soll künftig auf 43 Siedlungsbereiche und 17 Schwerpunkte des Wohnungsbaus konzentriert werden. In vierzehn Gemeinden wird die Siedlungsentwicklung auf den Eigenbedarf beschränkt.

Die Siedlungsentwicklung soll vorrangig am Bestand ausgerichtet werden. Die Schließung von Baulücken, Nutzung von Baulandreserven, Brach-, Konversions- und Altlastenflächen soll Vorrang vor der Inanspruchnahme neuer Flächen haben. Die Siedlungsentwicklung soll auf die Gemeindehauptorte sowie in geeigneten Teilorten mit guter Verkehrsanbindung konzentriert werden. Die verkehrsbedingten Belastungen sollen zurückgehen. Dazu sollen Arbeiten und Wohnen an einem Ort zusammengebracht und auf eine Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr geachtet werden.

fentlichen Personennahverkehr geachtet werden.

Für den verstärkten Wohnungsbau sollen regionalbedeutsame Schwerpunkte festgelegt werden, in

• Ravensburg	60,7 ha
• Weingarten	45,0 ha
• Pfullendorf	36,7 ha
• Überlingen	28,7 ha
• Bad Saulgau	27,9 ha
• Sigmaringen	26,0 ha
• Friedrichshafen	16,3 ha
• Leutkirch i.A.	15,9 ha
• Isny i.A.	13,7 ha
• Meßkirch	11,9 ha
• Wangen i.A.	11,3 ha
• Tettngang	11,0 ha

Zur Minderung des Siedlungsdrucks im Uferbereich des Bodensees soll die Siedlungsentwicklung in das angrenzende Hinterland gelenkt werden. Vor allem am Bodenseeufer sollen Ge-

meinden mit Beschränkung auf Eigenentwicklung festgelegt werden. Bauflächen für Fremde soll es dort nicht mehr geben. Betroffen sind:

Im Uferbereich des Bodensees:

- Daisendorf
- Eriskirch
- Hagnau a.B.
- Immenstaad a.B.
- Kressbronn a.B.
- Langenargen
- Meersburg
- Sipplingen
- Stetten
- Uhdlingen-Mühlhofen.

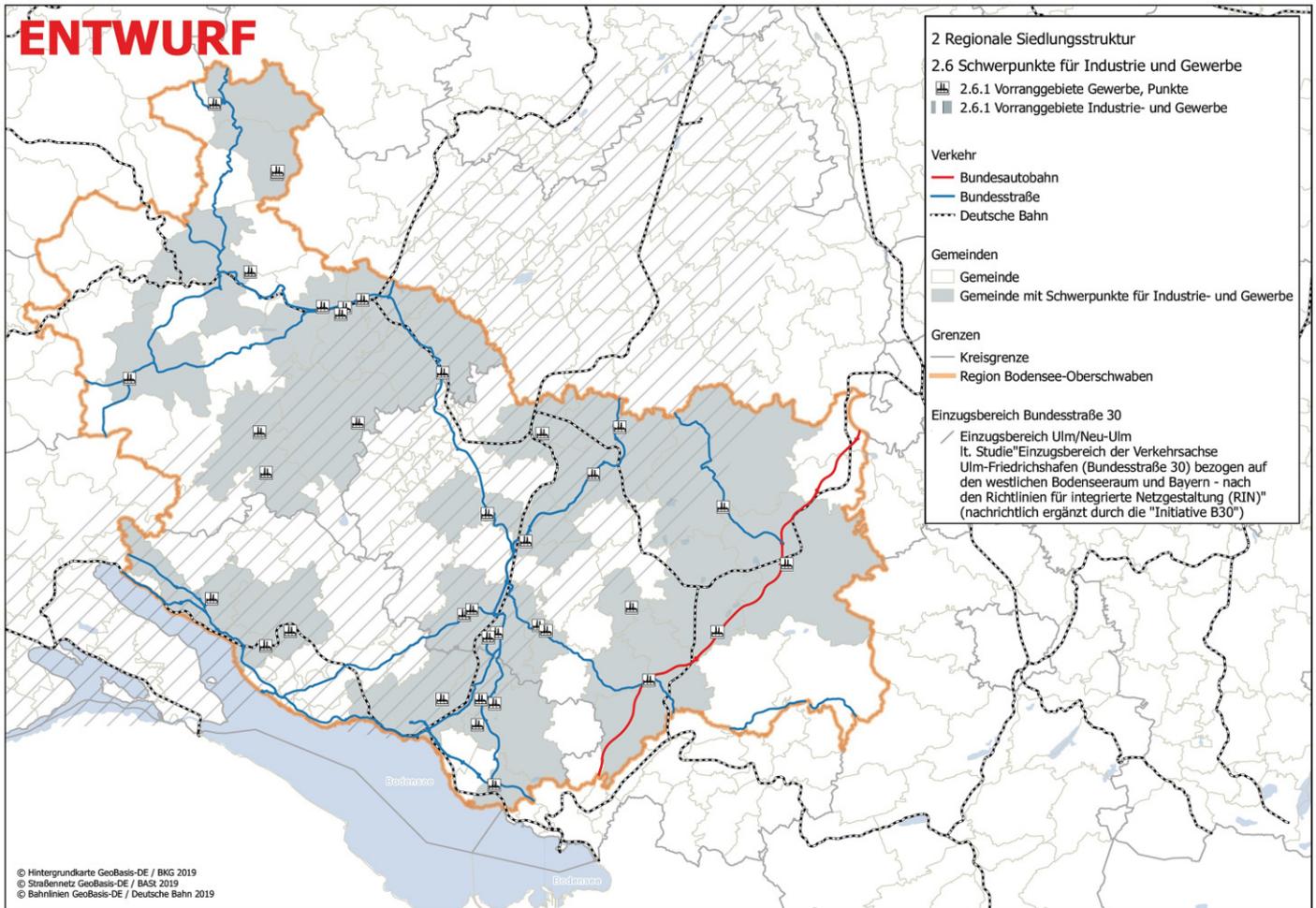
Im Donautal:

- Beuron.

Im Verwaltungsraum Altshausen:

- Eichstegen
- Guggenhausen
- Unterwaldhausen.

Titelthema



Zukünftige Schwerpunkte für Industrie und Gewerbe in der Region Bodensee-Oberschwaben, Entwurf

(Grafik: ff)

...Industrie und Gewerbe

In der Region Bodensee-Oberschwaben sollen 32 vorrangige Schwerpunkte für Industrie und Gewerbe ausgewiesen werden. Davon 20 interkommunale Gebiete.

Die regionalbedeutsamen Standorte sollen vorrangig dort entstehen, wo die beste infrastrukturelle Anbindung besteht und die Umwelt geschont wird. Standorte mit Anschluss an das überörtliche Straßen- und Schienennetz sowie im Einzugsbereich des Flughafens Friedrichshafen und der Verkehrslandeplätze Unterzeil, Hohentengen und Pfullendorf sollen bevorzugt werden.

Als Vorranggebiete sollen ausgewiesen werden:

• Baienfurt/Baindt	70,1 ha
• Sigmaringen	60,2 ha
• Leutkirch-Heidrain	55,0 ha

• Bad Saulgau	43,6 ha
• Meßkirch	41,6 ha
• Hohentengen	39,7 ha
• Pfullendorf-Wattenreute	39,4 ha
• Amtzell/Wangen i.A.	34,2 ha
• Pfullendorf-Mengener Str.	34,1 ha
• Kißlegg	32,8 ha
• Aulendorf	32,4 ha
• Grünkraut-Gullen	31,8 ha
• FN-Hirschlatt	30,4 ha
• RV-Karrer-Mariatal	28,3 ha
• Vogt	27,5 ha
• Salem-Neufrach	27,1 ha
• Kressbronn a.B.	26,2 ha
• RV-Erlen-Erweiterung	26,2 ha
• Bad Wurzach-Brugg	25,8 ha
• Herberlingen	23,3 ha
• Fronreute-Blitzenreute	22,8 ha
• Ostrach-IKG Königsegg	22,0 ha
• Bad Waldsee-Gaisbeuren	20,5 ha
• Überlingen-Andelshofen	20,5 ha
• Bad Waldsee-Wasserstall	20,2 ha
• Mengen	19,9 ha

• Tettngang-Bürgermoos	19,0 ha
• Meckenbeuren-Ehrlosen	18,1 ha
• Hettingen	14,3 ha
• Gammertingen	13,0 ha
• Uhdlingen-Mühlhofen	11,0 ha
• Tettngang-Bechlingen	7,5 ha

18 der Vorranggebiete - mit einem Flächenanteil von rd. 52 Prozent - liegen im Einzugsbereich der Bundesstraße 30. Die übrigen Gebiete liegen überwiegend an der A 96 und B 311.

Infrastruktur

Das Verkehrssystem in der Region soll zur Stärkung und Weiterentwicklung der Region als attraktiver Wohn-, Wirtschafts- und Tourismusstandort beitragen. Leistungsfähige Verkehrsverbindungen sollen in die benachbarten Wirtschaftsräume sowie in die europäischen Verkehrsnetze verbessert werden. Die öffentlichen Verkehrsmittel...

...und der Radverkehr sollen gestärkt, die Umweltbelastung durch Lärm und Abgase reduziert, die Verkehrssicherheit gewährleistet und Straßengüterverkehr auf die Schiene verlagert werden. Es soll möglichst wenig neue Fläche in Anspruch genommen und eine weitere Zerschneidung der Landschaft vermieden werden.

Im Sinne einer umweltgerechten Mobilität soll dem öffentlichen Verkehr Priorität vor dem motorisierten Verkehr eingeräumt werden. Der Schienenverkehr soll Priorität vor dem motorisierten Straßen- und Flugverkehr erhalten. Dem zu Fuß gehen und der Radverkehr soll Priorität vor dem motorisierten Verkehr eingeräumt werden. Ein Radschnellweg von Baidt bis Friedrichshafen soll entwickelt und umgesetzt werden.

Vor dem Neu- und Ausbau soll die Leistungsfähigkeit mit betrieblichen und organisatorischen Maßnahmen ausgeschöpft werden. Dem Erhalt soll Vorrang eingeräumt werden. Ist ein Ausbau unvermeidbar, soll dieser flächensparend auf vorhandenen Straßen und Schienen vor einer Neutrassierung erfolgen.

Ausbau des Straßennetzes

Das regionalbedeutsame Straßennetz soll funktionsgerecht erhalten und weiterentwickelt werden. Ergänzungen und Ausbauten des Straßennetzes sollen dort umgesetzt werden, wo dies zur Erschließung oder zur Entlastung von Siedlungen oder Industrie- und Gewerbegebieten erforderlich ist.

Regionalbedeutsame Straßenbaumaßnahmen sollen beschränkt werden auf Einzelmaßnahmen: Im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen, im Maßnahmenplan Landesstraßen des Generalverkehrsplans Baden-Württemberg und weitere regionalbedeutsame Einzelmaßnahmen:

- B 30 Friedrichshafen – Eschach
- B 31 Meersburg – Immenstaad
- B 32 Ravensburg Molldietetunnel
- B 311n/B 313 Mengen – Engelswies

- B 30 Enzisreute – Gaisbeuren
- B 31 Wagershausen – B 30 alt
- B 31 Überlingen – Oberuhldingen
- B 31 Oberuhldingen – Meersburg
- B 467 Querspange Tettngang
- B 32 OU Blitzenreute
- B 12 OU Großholzleute
- B 32 OU Staig
- B 32 OU Boms
- L 314 OU Mennisweiler
- B 31 Ausbau Friedrichshafen-Landesgrenze Bayern (2+1)
- L 194 OU Pfullendorf BA III
- L 195 OU Aach-Linz
- L 195 OU Herdwangen
- L 205 OU Bermatingen
- L 205 OU Salem-Neufrach
- L 265 OU Kißlegg
- L 283 OU Renhardsweiler
- L 316 Weiträumige Umfahrung Bergatreute

Schienenverkehr

Das Schienennetz soll so weiterentwickelt werden, dass alle für die Entwicklung der Region bedeutsamen Verbindungs- und Erschließungsfunktionen sowohl für den Regional- als auch Fernverkehr erfüllt werden können.

Für die Anlage eines zusätzlichen Gleises sollen Freihaltetrassen für die Allgäu-, Bodenseegürtel- und Donaubahn eingerichtet werden.

Regionalbedeutsame Schienenstrecken sollen elektrifiziert werden:

- Allgäubahn (Aulendorf-Kißlegg)
- Bodenseegürtelbahn
- Donaubahn
- Killertalbahn
- Zollernbahn (mit abschnittsweise zweigleisigem Ausbau)

Weitere Schienenstrecken sollen erhalten und angemessen ausgebaut werden:

- Altshausen-Ostrach-Pfullendorf
- Gammertingen-(Engstingen)
- Mengen-Krauchenwies-Meißkirch
- Roßberg-Bad Wurzach

- Sigmaringen-Sigmaringendorf-Gammertingen-(Hechingen)

Freiraumstruktur

Zur Erhaltung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts (Klima, Luft, Boden, Wasser), der biologischen Vielfalt, zur Wahrung des Landschaftsbildes, Vermeidung von Zersiedelung und Sicherung von Produktionsflächen für die Landwirtschaft, sollen regionale Grünzüge ausgewiesen werden. Ergänzend sollen Grünzäsuren zum Schutz des Bodenseeuferes und Gliederung von Siedlungsgebieten ausgewiesen werden.

Regionale Grünzüge sollen von Bebauung freigehalten werden. Besteht zu einer Bebauung keine Alternative, kann sie ausnahmsweise für gewisse Nutzungen zugelassen werden. In Grünzäsuren soll eine Neubebauung generell verboten sein. Im Ausnahmefall soll lediglich eine Erweiterung bestehender Anlagen zugelassen werden.

Schutz von Moore und Wälder

Die Erhaltung von Moor- und Waldgebiete soll im Vordergrund stehen. Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege sollen grundsätzlich von Bebauung freigehalten werden.

Schutz von Trinkwasser

Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung sollen entsprechende Gebiete auch dort ausgewiesen werden, wo sie aktuell keine Schutzgebiete sind. In sogenannte Vorranggebiete sollen alle Planungen verboten werden, die einer späteren Ausweisung als Wasserschutzgebietszone I und II entgegenstehen können. In Vorbehaltsgebiete sollen nur solche Planungen zulässig sein, die mit einer späteren Ausweisung als Wasserschutzzone III, IIIa und IIIb vereinbar sind. (ff) ^{Q2}

Aus Bund und Land

E-Scooter: Erste Bilanz



E-Scooter. Darreichung mit Helm, der sinnvoll, aber in Deutschland nicht vorgeschrieben ist.

(Foto: Fullstoppr / Pixabay)

(Berlin) - Seit Juni 2019 sind elektrische Tretroller in Deutschland zugelassen. Sie rollen durch viele Städte, stehen zur Miete auf Gehwegen, an Kreuzungen und Bahnstationen.

0,5 kg CO₂ setzen elektrische Tretroller pro 100 Kilometer frei. Ein Kleinwagen kommt auf gut 11 kg. Doch treten weitere CO₂ Emissionen für Herstellung und Transport hinzu. Bisher werden E-Tretroller zum Aufladen mit Kraftfahrzeugen eingesammelt, um dann wieder mit Kraftfahrzeugen zu ihrem Einsatzort gefahren zu werden. Deshalb sollte es künftig austauschbare Akkus geben.

Die Akkus sind wenig umweltfreundlich. Sie enthalten laut Bundesumweltamt eine fluorhaltige, giftige Flüssigkeit, die leicht entzündlich ist. Das selbe Problem haben E-Bike-Akkus. So geriet im August 2019 im bayerischen Memmingen ein solcher in Brand - fünf Menschen erlitten eine Gasvergiftung. Für die Akkus werden u.a. Lithium und seltene Erden verwendet, deren Abbau für die Umwelt bedenklich ist. Für die Herstellung eines Akkus fällt soviel CO₂ an, wie bei einer 250 km Autofahrt mit einem VW Golf. Die Akkus halten voraussichtlich etwa drei Jahre. Der Betreiber Lime schätzt die Lebensdauer seiner Roller derzeit auf über ein Jahr ein.

Dann wandern auch die fest eingebauten Akkus in den Müll.

Auf die Verkehrswende scheinen E-Scooter noch keine große Auswirkung zu haben. Eine Umfrage des Umweltbundesamtes unter 4.000 Nutzern in Paris ergab, dass nur acht Prozent der Befragten statt einer Auto- oder Taxifahrt einen E-Tretroller nutzten.

Viele Städte klagen über unachtsam abgestellte oder abgelegte Roller, gerade an touristischen Zielen. Verbände beklagen, dass nachlässig abgestellte E-Tretroller ein Problem für behinderte Menschen sein können. Die Polizei stellt immer wieder Verstöße fest: Oft fehlt das Kennzeichen oder es wird auf Gehwegen gefahren.

Zugenommen haben Verkehrsunfälle. Das Geschäft scheint so lukrativ, dass etwa e-right, rechtliche Unterstützung für Unfallopfer von E-Scootern anbietet. Viele Nutzer stünden das erste Mal auf den Rollern und seien entsprechend unsicher, so der Anbieter Lime. Das Unternehmen will deshalb Fahrtrainings anbieten. Außerdem empfiehlt der Anbieter einen Helm, Pflicht ist er in Deutschland nicht. Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat ist darüber besorgt, dass viele Nutzer betrunken auf E-Tretroller steigen. (ff) ^{Q6}

Maßnahmengesetze geplant

(Berlin) - Eine Genehmigung von Verkehrsprojekten durch den Deutschen Bundestag mithilfe von Maßnahmengesetzen könnte nach Ansicht der Bundesregierung zu einer größeren Akzeptanz der Projekte beitragen. Es soll auch erprobt werden, inwieweit Planungs- und Genehmigungsverfahren dadurch beschleunigt werden können. Laut einem Rechtsgutachten des Bundesministeriums für Verkehr könnten Projekte unter bestimmten Voraussetzungen durch Maßnahmengesetze genehmigt werden. In einem ersten Schritt werden nun Vorschaltgesetze vorbereitet, in das Projekte aufgenommen werden, die mit einem Maßnahmengesetz umgesetzt werden könnten. (ff) ^{Q3}

Pkw-Maut vorerst vom Tisch

(Luxemburg / Berlin) - Der Europäische Gerichtshof entschied am 18. Juni 2019, dass die geplante Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut) in der vorgesehenen Form rechtswidrig ist. Die Arbeiten zur Einführung wurden gestoppt. Politiker und Umweltschützer debattieren nun über alternative Mautmodelle. Im Gespräch sind etwa Modelle, die gefahrene Kilometer und Emissionen berücksichtigen. Wer viel fährt, soll viel zahlen. Bestimmte Strecken sollen zu bestimmten Zeiten teurer werden. Dazu ist aber eine Überwachung aller Fahrzeuge notwendig. (ff) ^{Q4}

30 Mrd. Euro für Verkehr

(Berlin) - Der Etat des Ministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur soll 2020 im Vergleich zum Vorjahr leicht ansteigen. Das geht aus dem Regierungsentwurf für den Haushalt 2020 hervor. Das Ministerium erhält demzufolge 29,83 Mrd. Euro. Davon sind 10,81 Mrd. Euro für die Bundesfernstraßen, einschließlich Radwege, 6,81 Mrd. Euro für die Schiene und 1,14 Mrd. Euro für die Wasserstraßen vorgesehen. Auf der Einnahmenseite werden die Einnahmen aus der Lkw-Maut auf rund 7,97 Mrd. Euro geschätzt. (ff) ^{Q5}

Autobahn GmbH im Zeitplan

(Berlin) - Die Autobahn GmbH des Bundes und das Fernstraßenbundesamt werden nach Angaben der Bundesregierung am 1. Januar 2021 ihre operative Arbeit aufnehmen. Bis dahin soll die Gesellschaft bundesweit über rund 15.000 Beschäftigte verfügen. Der Bund übernimmt damit am 1. Januar 2021 die Verwaltung der Autobahnen komplett. Jedoch könne es in einigen Fällen notwendig sein auf die Unterstützung der Länder vorübergehend zurückzugreifen. Das werde geprüft. (ff) ^{Q7}

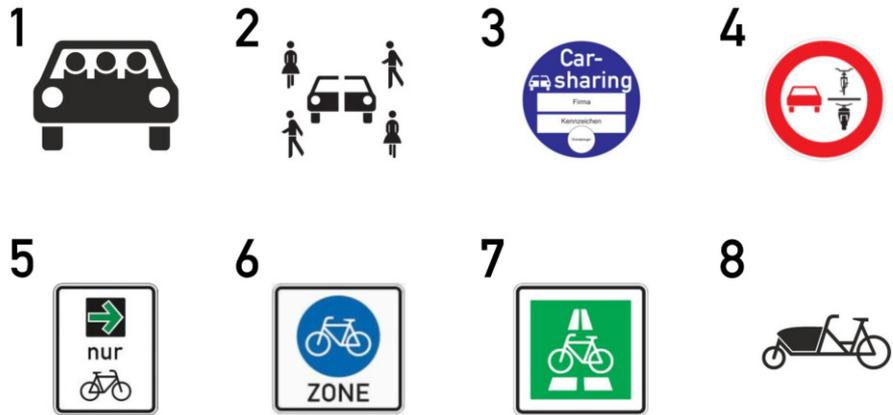
Autobahn GmbH lockt Planer

(Berlin) - Mit einem 13. Monatsgehalt, Wechselzuschlag, Erfolgsbonus, Einstufung in eine höhere Besoldungs- oder Tarifgruppe, einem Gehalt für Studierende und andere Vergünstigungen und Annehmlichkeiten will die Autobahn GmbH des Bundes bei den Ländern beschäftigte Straßenwärter, Planer, Werkstattmitarbeiter und Studenten abwerben. Der im Juli 2019 abgeschlossene Tarifvertrag sieht u.a. einen Wechselzuschlag von 1.500 Euro vor. Ein Jahresbonus von voraussichtlich bis zu 800 Euro wird zusätzlich gewährt. Studenten sollen monatlich 1.300 Euro erhalten. (ff) ^{Q8}

Lkw-Platooning mit Stärken und Schwächen

(München) - Fahrten mit vernetzten Lkw auf der Versuchsstrecke der A 9, waren sicher, funktionierten technisch zuverlässig und ließen sich gut im Alltag eines Logistikunternehmens einsetzen. 98 Prozent der Fahrten liefen reibungslos. Die Kraftstoffeinsparung blieb aber mit lediglich drei bis vier Prozent hinter den Erwartungen zurück. Das ist das Ergebnis des Forschungsprojekts "elektronische Deichsel", das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur mit rund 1,9 Millionen Euro gefördert wurde. Die Beteiligten sehen einen wichtigen Schritt in Richtung automatisiertes Fahren erreicht. (ff) ^{Q9}

Neue Regeln für höhere Verkehrssicherheit



Neue Verkehrszeichen für umweltfreundlicheren Verkehr

- (1) Freigabe von Busspuren für Pkw oder Krafträder mit Beiwagen, die mit mindestens 3 Personen besetzt sind. Wer sich umweltfreundlich durch Fahrgemeinschaften verhält, soll über Busspuren am Stau vorbeifahren können.
- (2) Bevorrechtigtes Parken für Carsharing-Fahrzeuge. Die geplanten Änderungen der StVO beruhen auf dem Carsharing-Gesetz, um Parkplätze zukünftig rechtssicher für das Carsharing auszuweisen. Eingeführt werden u. a. ein neues Sinnbild, das als Grundlage für Zusatzzeichen Carsharing-Fahrzeuge bevorrechtigtes Parken ermöglicht.
- (3) Plakette zur Kennzeichnung von Carsharing-Fahrzeuge.
- (4) Verbot des Überholens von einspurigen Fahrzeugen für mehrspurige Kraftfahrzeuge und Krafträder mit Beiwagen. Verboten wird etwa das Überholen von Fahrrädern.
- (5) Grünpfeil für Radfahrer an Ampeln. Die Grünpfeilregelung wird auf Radfahrer ausgedehnt, die aus einem Radfahrstreifen oder baulich angelegten Radweg heraus rechts abbiegen wollen. Außerdem wird ein besonderer Grünpfeil, der allein für Radfahrer gilt, eingeführt.
- (6) Fahrradzone. Analog zu den Tempo 30-Zonen, sollen in Zukunft Fahrradzonen angeordnet werden können. Die Regelung soll sich an den Regeln für Fahrradstraßen orientieren: Für den Fahrverkehr gilt eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Der Radverkehr darf weder gefährdet noch behindert werden. Auch Elektrokleinstfahrzeuge sollen hier künftig fahren dürfen.
- (7) Radschnellweg. Für breite Radwege für den schnellen Radverkehr, die nur von Radfahrern genutzt werden dürfen. Das Verkehrszeichen "Radschnellweg" soll in die StVO aufgenommen werden, um die Kennzeichnung von Radschnellwegen auch unabhängig von der Fahrbahnbeschaffenheit wie z. B. sandiger Untergrund möglich zu machen.
- (8) Parkplatz für Lastenfahrräder. Mit dem Sinnbild werden Parkflächen und Ladezonen für Lastenfahrräder kenntlich gemacht.

(Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur)

(Berlin) - Mit der Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) will der Bund Straßen sicherer, klimafreundlicher und gerechter machen. Höhere Bußgelder sollen für mehr Verkehrssicherheit sorgen. Sie drohen etwa beim Falschparken in zweiter Reihe, auf Geh- und Radwegen oder Schutzstreifen. Die unerlaubte Nutzung der Rettungsgasse soll stärker bestraft werden. Das Abschalten von Notbremsassistenten wird verboten. Innerorts dürfen Fahrzeuge mit mehr als 3,5t künftig beim Rechtsabbiegen nur noch in Schrittgeschwindigkeit fahren. Das Halten auf Radschutzstreifen wird

verboten - bisher darf auf Radschutzstreifen noch gehalten und bis zu drei Minuten geparkt werden. Ein Mindestüberholabstand von Fußgängern, Radfahrern und Elektrokleinstfahrzeuge wird eingeführt. Erleichterungen soll es für umweltfreundliches Verhalten und umweltfreundlichere Fahrzeuge geben. Dazu werden u.a. neue Verkehrszeichen eingeführt. Der Entwurf wurde im August 2019 in Berlin vorgestellt und in die Ressortabstimmung gegeben. Es schließt sich die Anhörung der Länder und Verbände an. Die neuen Regeln sollen möglichst bald in Kraft treten. (ff) ^{Q10}

Aus Bund und Land

Klimaschutzpaket vorgestellt



Die Jugend ruft, die Politik reagiert. Bundesminister Andreas Scheuer stellte 50 Maßnahmen vor, um den Verkehr klimafreundlicher zu machen. (Foto: NiklasPntk / Pixabay)

(Berlin) - Im Mai stellte Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, in Berlin 50 Maßnahmen vor, um die Klimaziele zu erreichen. Der Anteil des Verkehrs an den CO₂-Emissionen in Deutschland beträgt aktuell 18,5%. Laut Klimaschutzplan der Bundesregierung, müssen die Treibhausgasemissionen im Verkehr von 163 Millionen Tonnen auf 95 bis 98 Millionen Tonnen im Jahr 2030 reduziert werden. Bereits beschlossene Maßnahmen senken die Treibhausgase um 13 Mio. Tonnen. Neu hinzu kommen:

Öffentlicher Personen-, Fuß- und Radverkehr

Mit 3 Mrd. Euro jährlich soll die Schiene gefördert werden, u.a. mit der Beseitigung von Engpässen, attraktivere Taktung und Senkung der Mehrwertsteuer im Fernverkehr. 1 Mrd. Euro sind für den Busverkehr vorgesehen. Auch für den Radverkehr sind höhere Ausgaben geplant. CO₂-Einsparung: 7-8 Mio. Tonnen jährlich.

Alternative Kraftstoffe

Die Forschung und Entwicklung soll, wie Erzeugungsanlagen, mit einem Aufbauprogramm von 2 Mrd. Euro gefördert werden. CO₂-Einsparung: 9-10 Mio. Tonnen jährlich.

Güterverkehr

Der Ausbau der Bahninfrastruktur soll mit 3 Mrd. Euro jährlich gefördert wer-

den. Für die Binnenschifffahrt ist ein Modernisierungsprogramm vorgesehen, wie auch ein Ausbau der Wasserstraßen. Damit sollen mehr Güter auf die Schiene und Wasserstraße verlagert werden. CO₂-Einsparung: 2 Mio. Tonnen jährlich.

Pkw

Es ist vorgesehen die staatliche Kaufprämie für Elektrofahrzeuge auszubauen und klimafreundliche Dienstwagen stärker zu fördern. Eine Förderung ist auch für die Ladeinfrastruktur geplant. CO₂-Einsparung: 9-10 Mio. Tonnen jährlich.

Nutzfahrzeuge

Auch für Nutzfahrzeuge soll es eine staatliche Kaufprämie für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben geben. Es sollen auch genügend Wasserstofftankstellen und Lademöglichkeiten für Batterie-Lkw geschaffen werden. CO₂-Einsparung: 17-18 Mio. Tonnen jährlich.

Digitalisierung

Durch den Aufbau moderner Mobilfunknetze und Breitband, soll die Voraussetzung für automatisiertes und vernetztes Fahren geschaffen werden. Damit werden auch individuelle Beförderungsdienstleistungen gefördert, wie Rufbusse. CO₂-Einsparung: 6-7 Mio. Tonnen jährlich. (ff)^{Q12}

Straßenbauverbot gefordert

(Berlin) - Dürresommer, Hitzewellen und Unwetter. So beginnt eine gemeinsame Pressemitteilung von zehn Umweltverbänden. Am 16. August 2019 wandten sie sich mit einer "dringlichen Kritik" an die Bundesregierung. Um das Klima zu retten und das Pariser 1,5-Grad-Limit nicht zu überschreiten, wird die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. Gefordert wird Sonne statt Kohle. Eine Wende soll es in der Land- und Forstwirtschaft, der Beheizung und Energieeffizienz von Gebäuden sowie der Industrie geben. Investitionsprogramme zum Klimaschutz und eine CO₂-Bepreisung wird gefordert. Im Bereich Mobilität zielen die Forderungen auf einen massiven Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsträger ab. Autofahren, Fliegen und der Transport per Lkw sollen drastisch teurer und eingeschränkt werden. Ein "kultureller Wandel" sei erforderlich. So soll der Aus- und Neubau von Fernstraßen und Flughäfen für die nächsten zehn Jahre verboten werden. Der Bundesverkehrswegeplan soll ökologisch umgestaltet werden, damit öffentliches Geld auf klimaverträglichen Verkehr konzentriert wird. Um den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, wollen die Umweltverbände die Lkw-Maut deutlich erhöhen und auf alle Straßen ausweiten. Gefordert wird auch ein Verbot des Verbrennungsmotors schnellstmöglich zu beschließen. Diesel müssten höher besteuert werden. Dagegen sollen umweltfreundlichere Fahrzeuge weniger zahlen. Auf Autobahnen wird ein Tempolimit von 120 km/h, auf Landstraßen von 80 km/h und in geschlossenen Ortschaften von 30 km/h gefordert. Der Fuß- und Radverkehr soll innerorts Vorrang vor dem Auto erhalten. Vorrang sollen auch Bahnen und Busse haben und billiger werden, etwa mit einem 365-Euro-Jahresticket. Ein massiver Ausbau von Radwegen, ist eine weitere Forderung. (ff)^{Q11}

Für den Klimaschutz: Ummendorfer Ried wird wiedervernässt

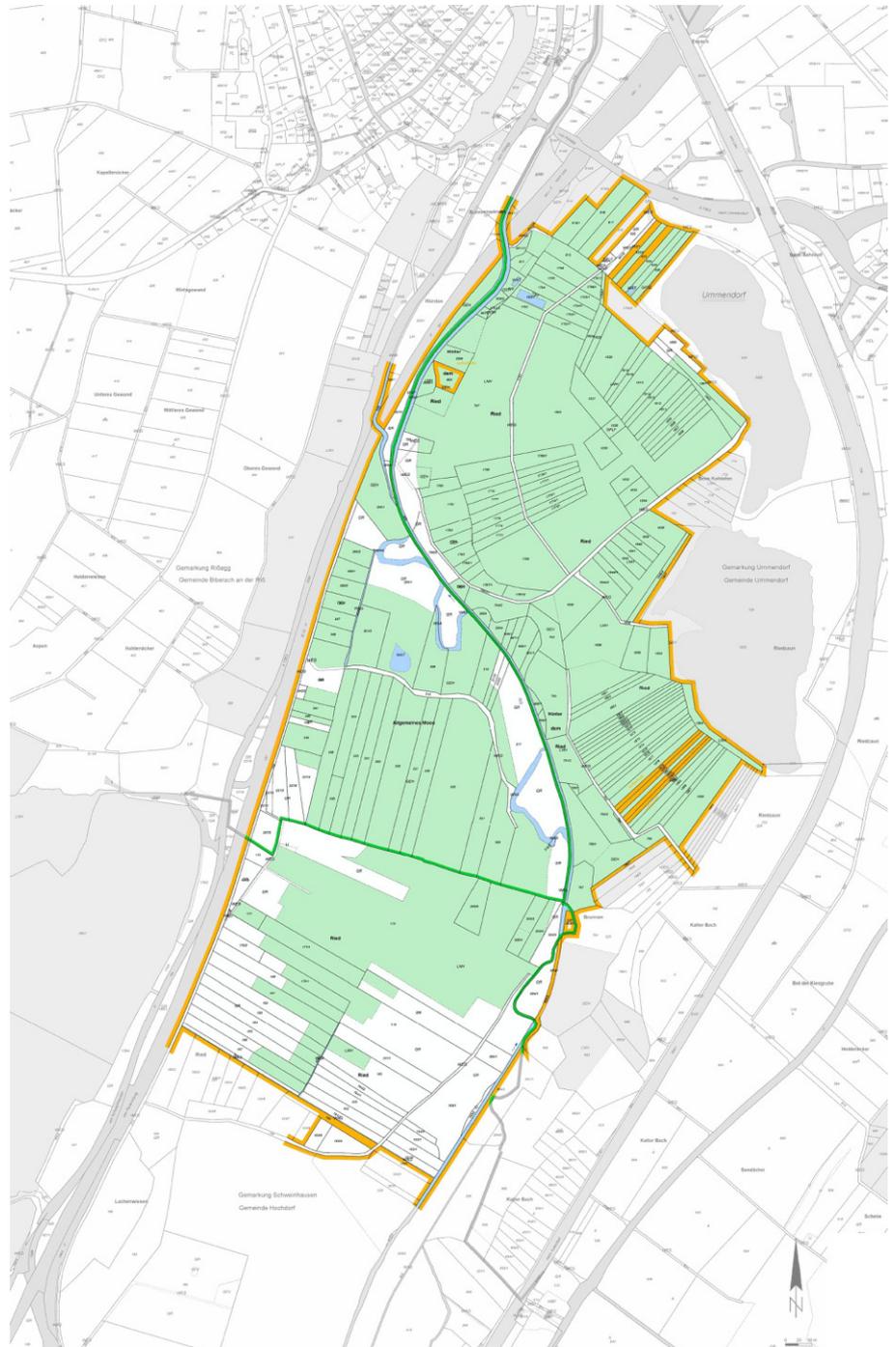
(Ummendorf) - Inmitten des Landschaftsschutzgebiets Oberes Rißtal liegt das Ummendorfer Ried. Ausgewiesen ist es als Offenland- und Waldbiotop, Naturschutz- und FFH-Gebiet. Es genießt Schutz u.a. als Moor, Buchen- und Sumpfwald. Moose und Pilze, Käfer, Libellen, Schmetterlinge, Vögel, Frösche, Molche, Schlangen und der Biber haben hier ihr Zuhause. Im Westen tangiert die Bundesstraße 30 das Schutzgebiet, im Osten liegen die Ummendorfer Seen und die Südbahn.

Doch schon bald werden im Ummendorfer Ried die Bäume verfaulen, Äste brechen und in Jahrzehnten ganze Waldflächen verschwinden. Die Gemeinden Hochdorf, Ummendorf und die Stadt Biberach planen die Wiedervernässung des Ummendorfer Rieds auf rd. 100 ha Fläche. Das diene dem Arten-, Biotop- und Klimaschutz. Bisher ist der Wasserhaushalt im Ummendorfer Ried durch alte Entwässerungsgräben und die in den 1930er-Jahren erfolgte Begradigung der Riß gestört.

Umweltschützer, Wissenschaftler und immer mehr Menschen befürchten eine Klimakatastrophe und schlechte Lebensbedingungen für die Zukunft. Moore halten einen großen Anteil von CO₂ zurück, das im Verdacht steht, den Treibhauseffekt zu fördern - zu viel davon in der Atmosphäre heizt die Erde auf.

Trocknen Moore aus, wird darin gespeichertes CO₂ freigesetzt. Noch bis in die 1950er-Jahre war es üblich Moore trocken zu legen, um Torf zu gewinnen. Dieser wurde zum Heizen genutzt. Wegen der Holzknappheit nach dem Krieg, wurden viele Moore aufgeforstet.

Die Bedeutung der Moore und Wälder hat mit dem Bewusstsein des Klimawandels in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Um das Ummendorfer Ried ökologisch und auch als natürlicher Kohlenstoffspeicher aufzuwerten, soll es wieder-



Vorläufige Gebietskarte zur Flurbereinigung Ummendorfer Ried. Das Ummendorfer Ried soll wiedervernässt werden - u.a. für den Klimaschutz. (Quelle: Untere Flurbereinigungsbehörde im Landratsamt des Alb-Donau-Kreises; Hervorhebung des Plangebiets: ff)

vernässt werden. Das Wasser soll bald aufgestaut werden und die Torfschicht wieder wachsen. Mit der Wiedervernässung soll auch der ursprüngliche Lebensraum wiederhergestellt werden. Lebenswichtig ist das für die Zugvögel, die auf der Suche nach Rastplätzen sind. Als Nebeneffekt wird ein großer Teil des Waldes verschwinden.

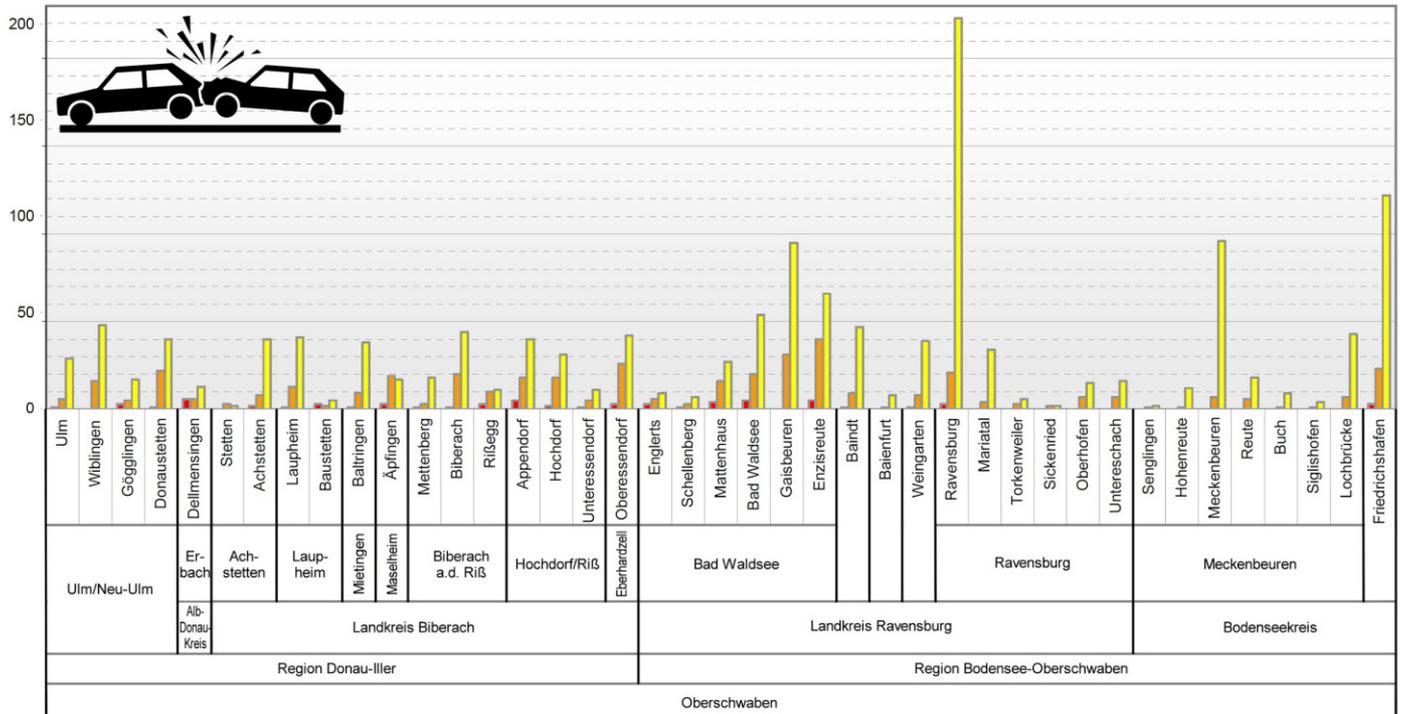
Eine Flurneuordnung soll die Grundlage dafür schaffen, dass 2020 oder 2021 mit der Wiedervernässung begonnen werden kann. Geplant wird offenbar schon seit zehn Jahren. (ff)^{Q13}

Aus der Region

Schwere Unfälle weiterhin überdurchschnittlich

Bundesstraße 30 - Verunglückte - 2006-2018

■ Getötete ■ Schwerverletzte ■ Leichtverletzte



Anzahl der insgesamt verunglückten Menschen auf der Bundesstraße 30 in den Jahren 2006 bis 2018. Vor allem auf den nicht ausgebauten Streckenabschnitten kamen häufig Menschen zu Schaden. (Grafik: ff)

(Wiesbaden / Region) - Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichte am 9. Juli 2019 die bundesweite Statistik der Straßenverkehrsunfälle 2018. Danach verunglückten im vergangenen Jahr in Deutschland 3.275 Menschen im Straßenverkehr tödlich: 3% mehr als 2017. Weitere 396.000 Menschen wurden bei Verkehrsunfällen verletzt, das waren 1,5% mehr als 2017.

Wie in den Vorjahren ereigneten sich 2018 die meisten Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften (69%), jedoch wurden hier nur 30% der Getöteten registriert. Auf Landstraßen fanden 24,3% der Unfälle mit Personenschaden statt, allerdings kamen hier 57% der Verkehrsunfallopfer ums Leben. Auf den Autobahnen wurden 6,7% aller Unfälle mit Personenschaden und 12,9% aller Getöteten gezählt. Unfälle auf den Straßen außerhalb von Ortschaften hatten u.a. wegen der höheren Fahrgeschwindigkeiten schlimmere Folgen als auf Straßen innerorts. Auf Landstraßen kom-

men Risikofaktoren wie die fehlende Trennung zum Gegenverkehr, schlechte Überholmöglichkeiten, Kreuzungen oder ungeschützte Hindernisse wie Bäume neben der Fahrbahn hinzu.

Unfälle 2018 auf der B 30

292 Verkehrsunfälle ereigneten sich 2018 auf der B 30 laut Berichten von Polizei und Feuerwehr. Dabei verunglückten 152 Menschen, fünf starben, 44 wurden schwer und 103 leicht verletzt. 478 Fahrzeuge waren beteiligt. Bei 162 Unfällen entstand Sachschaden von insgesamt rd. 2 Mio. Euro. Zu 130 Unfällen liegen keine ausreichenden Daten über die Schadenshöhe vor. Der Volkswirtschaftliche Schaden der bekannt gewordenen Verkehrsunfälle beträgt insgesamt ca. 27 Mio. Euro.

Auf den ausgebauten Streckenabschnitten der B 30 kam es wie in den Vorjahren zu deutlich weniger schwerwiegenden Unfällen, als auf den nicht ausgebauten Streckenabschnitten. Wiederum konzentrierten

sich Unfälle mit überwiegend leichten Folgen auf den Streckenabschnitt von Ravensburg bis Friedrichshafen. Zu Unfällen mit schweren Folgen kam es vor allem auf dem Streckenabschnitt nördlich von Baindt bis Biberach/Riß. Trotz einem Längenanteil von ca. 30%, waren hier 2018 rund die Hälfte der schwer Verletzten und 60% der tödlich verunglückten Personen auf der B 30 zu verzeichnen.

Langzeitbetrachtung 2006-2018

In den letzten dreizehn Jahren gab es auf der B 30 zwischen Ulm und Friedrichshafen rund 79% mehr Unfälle mit Todesfolge als auf anderen Bundesstraßen in Deutschland. Auf den ausgebauten Streckenabschnitten kamen 33% mehr Menschen zu Tode, als im Bundesdurchschnitt. Auf den nicht ausgebauten Streckenabschnitten waren es 132% und von nördlich von Baindt bis nach Biberach an der Riß sogar 220%. Lediglich von Ravensburg bis Friedrichshafen kamen 18% weniger Menschen zu Tode, als im Bundesdurchschnitt. (ff) ^{Q14}

Restexemplare

Heute nichts wert - morgen begehrt

"B30 Insider" erschien 2012 bis 2016 vierteljährlich in gedruckter Auflage. Die Restexemplare wurden eingesammelt und blieben bisher unter Verschluss. Aufgrund der wiederkehrenden Nachfrage sind gedruckte Restexemplare erstmals erhältlich - gegen einen Unkostenbeitrag von **35 Cent pro Stück**.

Dies ist ein privates Angebot, das jederzeit beendet werden kann. Das Angebot gilt nur solange der Vorrat reicht. Es fallen zusätzlich **1,55 Euro Porto** pro Bestellung an. Die Bezahlung erfolgt auf Rechnung, zahlbar innerhalb von 14 Tage nach Erhalt. Rückgaberecht 14 Tage. Rücksendekosten trägt der Besteller. Bearbeitungszeit 1-3 Werktage. Versanddauer 1-3 Werktage. Versand ins Ausland nur auf Anfrage.

Ich bestelle folgende Restexemplare

Name

Straße

PLZ, Ort

Senden Sie dieses Formular

per E-Mail an: info@b30neu.de

oder per Fax an: **+49 (0) (75 24) 99 23 711**

Bitte füllen Sie dieses Formular in Druckbuchstaben aus! Nur lesbare Formulare können bearbeitet werden!

Titel	Stück	Titel	Stück
<i>1. Jahrgang</i>		<i>4. Jahrgang</i>	
B30 Insider, Nr. 1 Januar - März 2012	vergriffen	B30 Insider, Nr. 13 Januar - März 2015	_____ St.
B30 Insider, Nr. 2 April - Juni 2012	_____ St.	B30 Insider, Nr. 14 April - Juni 2015	_____ St.
B30 Insider, Nr. 3 Juli - September 2012	_____ St.	B30 Insider, Nr. 15 Juli - September 2015	_____ St.
B30 Insider, Nr. 4 Oktober - Dezember 2012	_____ St.	B30 Insider, Nr. 16 Oktober - Dezember 2015	_____ St.
<i>2. Jahrgang</i>		<i>5. Jahrgang</i>	
B30 Insider, Nr. 5 Januar - März 2013	_____ St.	B30 Insider, Nr. 17 Januar - März 2016	_____ St.
B30 Insider, Nr. 6 April - Juni 2013	_____ St.	B30 Insider, Nr. 18 April - Juni 2016	_____ St.
B30 Insider, Nr. 7 Juli - September 2013	_____ St.	B30 Insider, Nr. 19 Juli - September 2016	_____ St.
B30 Insider, Nr. 8 Oktober - Dezember 2013	_____ St.	B30 Insider, Nr. 20 Oktober - Dezember 2016	_____ St.
<i>3. Jahrgang</i>		<i>6. - 8. Jahrgang</i>	
B30 Insider, Nr. 9 Januar - März 2014	_____ St.	Es liegt keine gedruckte Auflage vor.	
B30 Insider, Nr. 10 April - Juni 2014	_____ St.		
B30 Insider, Nr. 11 Juli - September 2014	_____ St.		
B30 Insider, Nr. 12 Oktober - Dezember 2014	_____ St.		

Impressum

Herausgeber
"Initiative B 30"
Franz Fischer
Alter Bühlweg 8
88339 Bad Waldsee
Deutschland

info@b30neu.de
www.b30neu.de

Redaktionsleitung
Franz Fischer, presserechtlich verantwortlich.

Redaktion
Franz Fischer

Redaktionsschluss
Jeweils 14 Tage vor Erscheinen.
Letzte Änderung an dieser Ausgabe:
29.08.2019 01:17

Anzeigenannahme
Franz Fischer
Tel. +49 (0) (15 15) 7 76 23 02
info@b30neu.de

Datenschutz
www.b30neu.de/datenschutz

Druck
"B30 Insider" wird bei wichtigen Themen von großem Interesse und wirtschaftlicher Vertretbarkeit oder per Sponsoring gedruckt. Die Auflage richtet sich nach dem Bedarf und beträgt in der Regel 500 bis 1000 Exemplare.

Erscheinen
"B30 Insider" erscheint dreimal jährlich.

Quellen

Quellen / Grundlagen

- Q1 www.rvdi.de/presse/detail-pressemitteilungen/2019/07/verbandsversammlung-billigt-regionalplanentwurf.html
- Q2 www.rvbo.de/Planung/Fortschreibung-Regionalplan
- Q3 www.bundestag.de/presse/hib/648612-648612
- Q4 www.bundestag.de/presse/hib/653726-653726
www.focus.de/auto/verschiedene-mautsysteme-in-der-diskussion-nach-geplatzter-pkw-maut-diese-modelle-koennten-auf-autofahrer-jetzt-zukommen_id_11015167.html
- Q5 www.bundestag.de/presse/hib/654488-654488
- Q6 www.heise.de/newsticker/meldung/Klimaretter-Oekosuende-Aergernis-Eine-Zwischenbilanz-zu-E-Tretrollern-4493497.html
www.all-in.de/memmingen/c-polizei/e-bike-akku-raucht-in-memminger-geschaef-ab-fuenf-mitarbeiter-erleiden-gasvergiftung_a5040213
www.e-right.de
- Q7 www.bundestag.de/presse/hib/651002-651002
- Q8 www.handelsblatt.com/politik/deutschland/tarifeinigung-neue-autobahn-gmbh-lockt-beschaefigte-mit-13-monatsgehalt/24587678.html?ticket=ST-1505171-IBn0MZbb7ZFLOeVnxlpn-ap1
- Q9 www.heise.de/newsticker/meldung/LKW-Platooning-Sicher-aber-nicht-so-sparsam-wie-erwartet-4419922.html
- Q10 www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/StV/stvo-novelle.html
- Q11 www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/klimakrise-was-jetzt-gegan-werden-muss-umweltverbaende-veroeffentlichen-handlungsprogramm-fuer-effek/news-topic/klimawandel/
- Q12 www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/aktiver-klimaschutz-in-der-verkehrspolitik.html
- Q13 www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-biberach/ummendorf_artikel,-gro%C3%9Fes-umweltprojekt-warum-das-wasser-ins-ummendorfer-ried-zur%C3%BCckkehren-soll-_arid.11101474.html?fbclid=IwAR05huVdv3NuwxMIF4Ud45MIUzRTC63vcjf9kZGkJmqphfaBn2fwTryj2g
<https://biberach-riss.de/B%C3%BCrger-Rat-Verwaltung/B%C3%BCrger/Energie-Umwelt/Naturschutz-Projekt-Wiedervern%C3%A4ssung-des-Ummendorfer-Rieds-.php?object=tx,2215.1&ModID=7&FID=2940.923.1&NavID=2215.49&La=1>
- Q14 www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/07/PD19_260_46241.html



Lesen Sie B 30 Insider online:
www.b30neu.de/insider